

Integration scheitert auch an Vorurteilen

Islam-Studie Gestern präsentierte die Regierung die erste Studie über den Islam im Fürstentum Liechtenstein. Studienautor Wilfried Marxer und sein Team zeigen damit Problemfelder auf und weisen auf eine eingeschränkte Datenlage hin.

Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li

Terrorismus ist das Wort, das spätestens seit dem 11. September 2001 in der sogenannten westlichen Welt Hochkonjunktur hat und wird in der internationalen Presse nur allzu wenig von der Glaubensrichtung des Islam getrennt. Diese Unschärfe führt zu Unbehagen und Vorurteilen in der Bevölkerung. Diesen Vorurteilen gilt es zu begegnen, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Um Vorurteile abzubauen, hilft es, gesicherte Faktenlagen zu haben. Das war das Ziel der Regierung, als sie die «Islam-Studie» beim Liechtenstein-Institut in Auftrag gab. Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, hat mit seinen Mitarbeitern Martina Sochin D'Elia, Günther Boss und dem Voralberger Islam-Kenner Hüseyin I. Çiçek, der demografischen Entwicklung, den Vereinigungen, die Wahrnehmungen und die Herausforderungen dieses Themenfelds analysiert und die Studie «Islam in Liechtenstein» erarbeitet. Das gut 140-Seiten starke Werk befasst sich vertieft mit der Rolle der muslimischen Einwohner im Land. «Während die Islamforschung in verschiedenen Ländern Hochkonjunktur hat, gibt es für Liechtenstein nur vergleichsweise wenig Material», moniert Wilfried Marxer und meint damit, dass es weitere Forschung benötigt.

«Nicht alle in den gleichen Topf werfen»

«Den Islam gibt es nicht», erklärt Politikwissenschaftler Wilfried Marxer. «Es gibt hier verschiedene Glaubensströmungen, die man unterscheiden muss. Schaut man auf die Kriege im arabischen Raum, dann führen Muslime verschiedene Ausprägungen gegen einander Krieg.» Daher ist es auch nicht angemessen, alle in einen Topf zu werfen. Nach den Konfessionslosen ist die islamische Gemeinschaft die am stärksten wachsende Religionszugehörigkeit. Gemäss der Volkszählung 2015 sind es gut 2000 Menschen, die sich als Muslime sehen. 537 davon, also knapp ein Viertel, besitzen die liechtensteinische Staatsbürgerschaft. «Die meisten von ihnen stammen aus der Türkei oder den Ländern des ehemals



Regierungsrätin Dominique Gantenbein, Politologin Wilfried Marxer und Regierungsrat Mauro Pedrazzini präsentierten die Islam-Studie.

Bild: ikr

ligen Jugoslawien», erklärt Wilfried Marxer. Die meisten von ihnen würden den Islam nach europäischer Prägung leben. «Nicht jeder betet am Freitagabend. Nicht alle sind streng gläubig – und noch weniger radikal», erklärt er. Die Studie lasse keine Rückschlüsse zu, dass sich radikalisierte Muslime in Liechtenstein befinden. «Wir sind aber auch kein Geheimdienst», weist der Wissenschaftler auf die Grenzen dieser Studie hin.

Die herrschende Islamophobie liege deshalb grösstenteils daran, dass man Bilder – nicht zuletzt aus Boulevardmedien – von aussen auch auf Liechtenstein umsetze. «Wir sind hier nicht Brüssel-Molenbeek», erklärte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini. Es finde in Liechtenstein keine Ghetto-Bildung statt. «Die Menschen kennen sich bei uns noch.» Allerdings beklagen Muslime – gemäss Sozialkapitalstudie 2008 – über grössere Probleme in verschiedenen Lebensbereichen (Freizeit, Arbeit, Gesundheit u. a.) als Nicht-Muslime.

«Religiosität wird überbewertet»

«Terroranschläge und Kriege im Namen des Islam haben diese Religion in den vergangenen Jahren in Verruf gebracht. Darunter lei-

deninsbesondere Muslime selbst, da sie in der westlichen Welt zu Rechtfertigungen und Distanzierungen aufgefordert werden, auch wenn sie mit diesen Aktivitäten nichts zu tun haben und ausserdem Muslime verschiedener Glaubensrichtungen zu den hauptsächlichlichen Opfern gehören», heisst es in der Zusammenfassung der Studie. «Dabei wird die Religiosität der Muslime in Liechtenstein überbewertet», erklärt Wilfried

«Besonders bei den Sprachkenntnissen setzen wir bei der Frühförderung wichtige Schritte zur besseren Integration.»



Dominique Gantenbein
Regierungsrätin

Marxer. Ausserdem müssen die hier lebenden Muslime in Gebetsräumen im Ausland ausweichen, weil sie in Liechtenstein nichts vorfinden, was einem Gebetsraum würdig ist.

Radikalisierung findet im privaten Umfeld statt

«Eine solche Institution ist nicht nur zur Glaubensausübung wichtig, sondern auch als gesellschaftlicher Treffpunkt», erklärt Marxer. Genauso verhält es sich mit einem muslimischen Friedhof. «Hier knorzen wir schon länger», führt Mauro Pedrazzini aus und erwähnt den letzten Anlauf, als sich zwar die Gemeinde Schaan diesem Anliegen positiv gegenüber unseren Nachbarländern», erläutert Gantenbein. Man suche schon vor der Einschulung mit den Eltern das Gespräch, die ja selbst auch daran interessiert seien, dass ihre Kinder eine erfolgreiche Zukunft in Liechtenstein haben. «Auch mit den Gemeinden, dem Eltern-Kind-Forum und der Gewaltschutzkommission wird viel in diese Richtung getan. Gemeinsam mit den Gemeinden sind wir bestrebt, die Zielgruppen anzusprechen und unsere Angebote publik zu machen.»

setzen wir wichtige Schritte zur besseren Integration», führt Bildungsministerin Dominique Gantenbein aus. Besonders in Österreich wird derzeit die Problematik der auslandsfinanzierten muslimischen Schulen diskutiert. Durch sie werden auch politische Strömungen unterstützt und gefördert. «Das Schulamt ist zentraler Ansprechpartner. Es organisiert und kontrolliert auch den islamischen Religionsunterricht. Hier haben wir einen Vorteil gegenüber unseren Nachbarländern», erläutert Gantenbein.

Man suche schon vor der Einschulung mit den Eltern das Gespräch, die ja selbst auch daran interessiert seien, dass ihre Kinder eine erfolgreiche Zukunft in Liechtenstein haben. «Auch mit den Gemeinden, dem Eltern-Kind-Forum und der Gewaltschutzkommission wird viel in diese Richtung getan. Gemeinsam mit den Gemeinden sind wir bestrebt, die Zielgruppen anzusprechen und unsere Angebote publik zu machen.»

Kein Verhüllungsverbot in Liechtenstein

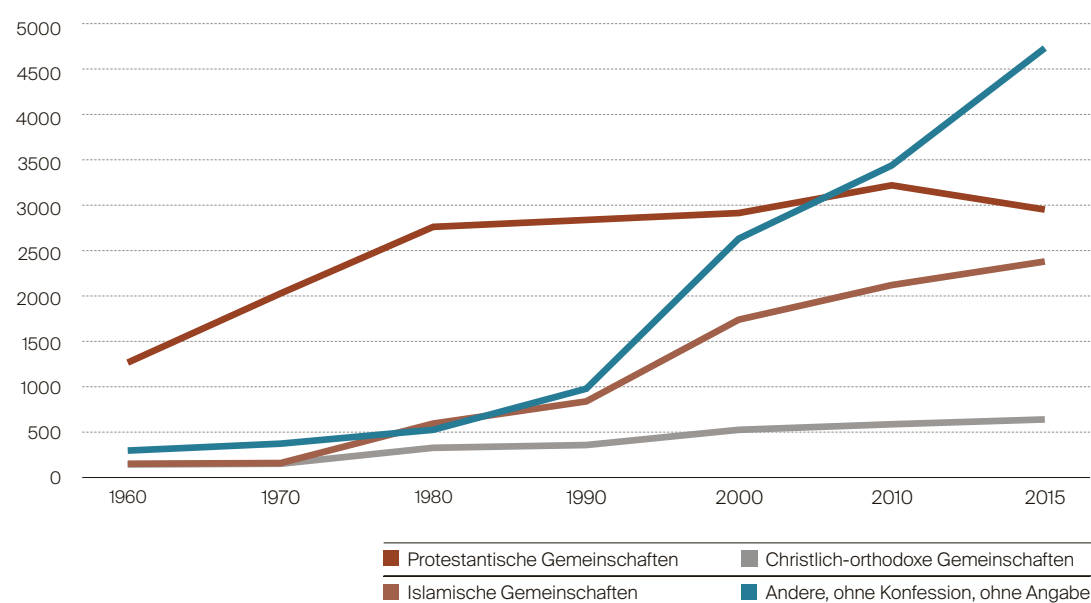
Bezüglich konkreter Bedrohungen befindet man sich in stetigem Austausch mit den internationalen Polizeibehörden, erklärt Regierungsrätin Dominique Gantenbein, die als Innenministerin auch die Bereiche Asyl und innere Sicherheit verantwortet. «Wir sind hier, was die Gesetzeslage betrifft, auch eingebunden und können so relativ schnell reagieren, wenn sich konkrete Problemfelder ergeben, die eine Reaktion notwendig machen.»

Vom Verhüllungsverbot, wie es in Nachbarländern eingeführt wurde, hält die Regierung nichts. «Ich bin dagegen. Denn was machen wir in der Fasnacht?», merkte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zu diesem Thema an. Ausserdem haben auch die Sprecher aller vier Fraktionen in einer Umfrage der Sonntagszeitung «Liewo» signalisiert, dass hier keine Notwendigkeit besteht.

WWW.

Zur detaillierten Studie:
www.liechtenstein-institut.li

Religionszugehörigkeit in Liechtenstein (1960–2015; ohne röm.-kath. Kirche)



Quelle: Amt für Statistik (Volkszählung), Grafik: Katharina Hasler

Kommentar

Hin- statt wegschauen

«Z Tod gforchta, isch o gstorba», heisst es im Liechtensteiner Volksmund. Aber allzu oft hat auch hierzulande die ausländische Medienlandschaft ihren Einfluss. Wenn über Muslime berichtet wird, dann meist im Zusammenhang mit Terror und Krieg. Dass hier den Menschen Angst gemacht wird, ist politisches Kalkül. Jede Kultur kennt ihre Spinner, die durchdrehen. Das neueste Beispiel des «Westens» war der Amoklauf in Las Vegas, wo ein unauffälliger Rentner unzählige Menschen exekutierte. Der Ruf der islamischen Gemeinschaften ist schlecht. Deshalb gibt es wohl in Liechtenstein weder würdige Gebetsräume noch einen Friedhof, wo sie ihre Toten zur Ruhe betten können. Ein Viertel der hiesigen Muslime sind bereits Liechtensteiner Staatsbürger. Das wäre weniger ein Zeichen der schleichenden Islamisierung – wie sie ringsum kritisiert wird – als ein Zeichen des Respekts gegenüber Staatsbürgern, die schon seit vielen Jahrzehnten in diesem Land leben und die hiesige Rechtsordnung akzeptiert haben. Nicht jeder Moslem ist ein Extremist – sondern die wenigsten. Menschen wollen vor allem eines: In Frieden leben und ihren Neigungen nachgehen. Dazu gehört eine freie Ausübung der Religion. Die Dämonisierung des Islam sowie die Weigerung, den hiesigen Muslimen ihren Glauben würdig ausüben zu lassen, löst keine Probleme – sie werden lediglich zeitweise exportiert. Eine Überwachung bzw. Kontrolle der Institutionen auf Radikalisierung wird dadurch wesentlich schwieriger. Ein Problem abzuschieben, hat es noch nie gelöst. Dass sechs Prozent der Bevölkerung Muslime sind, ist nunmal eine Tatsache. Auch wenn das einige nicht wahrhaben wollen.



Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li

FÜR JEDES PROBLEM
DIE RICHTIGE LÖSUNG.
www.sprengerag.li
Tel. +423 373 24 79



PROMPTER SERVICE
ROLLADEN+BESCHATTUNG